

Maurer spricht von «Papiertiger»

Zuwanderung Bundesrat Ueli Maurer hat am Rande eines Treffens der EU- und EFTA-Finanzminister zum verschärften «Inländervorrang light» Stellung genommen, mit dem die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) umgesetzt werden soll. Maurer fand wenig freundliche Worte für den Vorschlag. «Was die ständerätliche Kommission vorschlägt, ist ein Papiertiger, den es noch zu bändigen gilt und zu bezahlen», sagte Maurer gestern in Brüssel. «Ich glaube nicht, dass das schon die Lösung sein kann.» Es seien «unglaubliche Auflagen», welche die Kommission vorschlägt, «die aber aus meiner Sicht keinen konkreten Nutzen haben».

Am Montag hatte die zuständige ständerätliche Kommission ihren verschärften Vorschlag zur MEI-Umsetzung präsentiert. Während der Nationalrat es bei einer Meldepflicht für offene Stellen bewenden liess, will die Staatspolitische Kommission des Ständerates Arbeitgeber verpflichten, inländische Stellenbewerber zu einem Gespräch einzuladen und bei einer allfälligen Ablehnung dies zu begründen. (sda.)

Vorstoss für Sozialdetektive

Versicherungen Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK) will Versicherern ermöglichen, bei Verdacht auf Sozialmissbrauch Detektive einzusetzen. Sie hat einstimmig beschlossen, eine Kommissionsinitiative zu ergreifen, wie die SGK gestern mitteilte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte im Oktober einer 62-jährigen Zürcherin Recht gegeben, die von Privatdetektiven eines Versicherers observiert worden war. Das Vorgehen sei nicht gesetzeskonform, rügten die Richter. (sda.)

Zentrum für Rentente

Asyl Nun steht der Standort eines der beiden Bundeszentren für rentente Asylsuchende fest: Der Bund hat eine Liegenschaft in der Neuenburger Gemeinde Les Verrières gekauft, wie er gestern mitteilte. Darin sollen bis zu 60 Asylsuchende für maximal 140 Tage untergebracht werden. (sda.)



Wenigstens beim Rentenalter der Frauen sind sich National- und Ständerat einig.

Bild: Keystone/Ennio Leanza (Zürich, 17. März 2016)

FDP und SVP warnen vor Scheitern der Rentenreform

Altersvorsorge CVP und SP halten in der ständerätlichen Sozialkommission an der Erhöhung der AHV-Renten fest. Für FDP- und SVP-Politiker gefährdet dies die Reform.

Tobias Gafafer

Das Ringen um die Rentenreform verspricht bis zur letzten Runde Spannung. Mit dieser wollen der Bundesrat und das Parlament die erste und die zweite Säule sanieren. Die Sozialkommission (SGK) des Ständerates hält trotz der Kritik des Nationalrats weitgehend an ihrem Konzept fest, wie sie gestern mitteilte.

Eine Schuldenbremse für die AHV, die unter gewissen Bedingungen das Rentenalter auf maximal 67 Jahre erhöht hätte, lehnte die SGK einstimmig ab. Auch das Modell des Nationalrats, der die Verluste durch die Senkung des Umwandlungssatzes innerhalb der beruflichen Vorsorge kompensieren wollte, verwarf sie. Stattdessen hält die SGK am Beschluss des Ständerates fest, der die AHV-Renten für alle Neurentner um 70 Franken und den Plafond der Ehepaarrente von 150 auf 155 Prozent erhöhen will. Das Modell sei deutlich kostengünstiger. «Berechnungen der Verwaltung zeigen, dass die Wirkung

der eingesetzten Mittel damit am grössten ist», sagte Kommissionspräsident Konrad Graber (CVP, Luzern) auf Anfrage.

Frauen sollen bis 65 Jahre arbeiten

Im Gegensatz zum Nationalrat will die ständerätliche SGK zudem nicht bei den Witwen- und Kinderrenten sparen. Umstritten ist auch, wie stark die Mehrwertsteuer für die AHV erhöht werden soll. Bei weiteren Elementen der Reform wie der Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre oder der Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule haben sich die beiden Räte bereits geeinigt.

Der grosse Streitpunkt bleibt damit die Frage, wie die Rentenausfälle kompensiert werden sollen. CVP und SP begrüsst, dass die SGK am Konzept des Ständerates festhält. «Wer rechnet, stellt fest, dass man in der AHV für die gleiche Rente viel weniger zahlt», sagte Paul Rechsteiner, St. Galler SP-Ständerat und Präsident des Gewerkschaftsbundes, ange-

sichts der tiefen Zinsen. Konrad Graber rechnet damit, dass das ständerätliche Konzept im Parlament und vor dem Volk eine Chance hat.

Anders sehen dies FDP und SVP. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass es bei uns dafür eine Mehrheit gibt», sagt Karin Keller-Sutter (FDP, St. Gallen), Vor-

standsmitglied des Arbeitgeberverbandes. Sie kritisierte, dass das ständerätliche Konzept Rentenverluste überkompensiere. In dieselbe Kerbe schlug der Nationalrat und Sozialpolitiker Toni Brunner (SVP, St. Gallen). Eine Vermischung der beiden Säulen sei systemfremd. «Wenn die Rentenreform darauf hinausläuft, dann wird sie scheitern.» Um die Vorlage in dieser Form durchzubringen, müsste die CVP die Unterstützung der gesamten Linken haben.

Karin Keller-Sutter und der Schwyzer SVP-Ständerat Alex Kuprecht setzen auf alternative Ansätze. Kuprecht will die Rentenausfälle mit einem Mittelweg zwischen dem Stände- und dem Nationalrat innerhalb der zweiten Säule kompensieren. Keller-Sutter möchte als Kompromiss bei der AHV gezielt tiefen Einkommen und Frauen entgegenkommen. Beide Anträge fanden in der Sozialkommission keine Mehrheit. Der Ständerat entscheidet in der Dezembersession über die umstrittene Vorlage.

«Wer rechnet, stellt fest, dass man in die AHV für die gleiche Rente viel weniger zahlt.»

Paul Rechsteiner
SP-Ständerat, St. Gallen

Kommission auf Tessiner Linie

Strafregisterauszüge Beantragen Ausländer eine Aufenthalts- oder Grenzgängerbewilligung, sollen die Behörden in der ganzen Schweiz einen Strafregisterauszug verlangen dürfen. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates beantragt ihrem Rat, eine Standesinitiative des Kantons Tessin anzunehmen. Die Kommission sprach sich bei 5 zu 5 Stimmen und 1 Enthaltung per Stichtentscheid von Kommissionspräsident Peter Föhn (SVP/Schwyz) für die Initiativen aus, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Der Kanton Tessin verlangt bereits heute Strafregisterauszüge. Der Bundesrat lehnt die Massnahme ab, weil dies gegen das Freizügigkeitsabkommen verstosse. (sda.)

Bundesrat stellt sich hinter Vitali

Eichgeräte Waagen, Abgasmessgeräte oder Elektrizitätszähler sollen weniger häufig geeicht werden müssen. Der Bundesrat ist damit einverstanden, die Bestimmungen anzupassen. Er beantragt dem Parlament, eine Motion des Luzerner FDP-Nationalrats Albert Vitali anzunehmen. Vitali fordert, dass der Bundesrat die Eichfristen überprüft und allenfalls anpasst. Auch sollen die Verfahren vereinfacht werden. Die Eichfristen seien teilweise seit zehn Jahren nicht angepasst worden. Viele Messmittel seien heute aber genauer. Damit wäre es zeitgemäss, die Messintervalle zu vergrössern. (sda.)

Lohnerhöhung bleibt aus

Verwaltung Die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung erhalten nächstes Jahr keine Reallohnerhöhung und keinen Teuerungsausgleich. Das teilte das Finanzdepartement (EFD) gestern mit. Finanzminister Ueli Maurer hatte die Verbände der Bundesverwaltung am Montag informiert. Er begründete den Entscheid mit der schwierigen Finanzlage des Bundes und der prognostizierten negativen Teuerung. Die Personalverbände zeigten sich enttäuscht. Trotz Milliardengewinn im laufenden Jahr sei der Bundesrat zu keinen Lohnmassnahmen bereit, kritisierte Transfair in einer Mitteilung. (sda.)

ANZEIGE

diga
möbel

SCHLAFWOCHEN

bis am 19. November 2016

Profitieren Sie jetzt von traumhaften Angeboten:

- ✓ 12% Schlafwochen-Rabatt
- ✓ CHF 5000.– Dream-Checks auf das Schlafsortiment
- ✓ Gratis Lieferung und Montage

Nicht verschlafen!

www.diga.ch

Verrechnung über Ihren Konzessionär | d'diga muesch higa! | 6032 Emmen/LU | Emmen-Süd (Hasliring) | Tel. 041 268 84 84